

Resolution der BetriebsrätInnenkonferenz Elektro- und Elektronikindustrie vom 11. April 2011

Die Betriebsratsvorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Elektro- und Elektronikindustrie sind von den bisher unzureichenden Angeboten der Arbeitgeber bei der laufenden Kollektivvertragsrunde enttäuscht.

Die Beschäftigten der Branche haben zur Überwindung der schwierigen wirtschaftlichen Phase viele Beiträge geleistet. Zahlreiche unserer Kolleginnen und Kollegen haben ihren Arbeitsplatz verloren, waren von Kurzarbeit und damit von Einkommensverlusten betroffen oder haben andere Maßnahmen mitgetragen, um die Zukunft ihrer Betriebe und deren Beschäftigten zu sichern.

Die wirtschaftlichen Erfolge der Unternehmen im Jahr 2010 und die sich weiter verbessernde Fortsetzung dieser positiven Entwicklung im heurigen Jahr sind durch qualifizierte und engagierte Arbeit aller ArbeitnehmerInnen und nicht von den Geschäftsleitungen alleine erzielt worden. Die Umsätze steigen kräftig an, die Produktivität erhöht sich massiv, die Exporte boomen und die Auftragsbücher sind voll. Zurück bleibt einzig der Wiederaufbau jener Arbeitsplätze, die in den letzten beiden Jahren abgebaut wurden. Statt zusätzliche ArbeitnehmerInnen einzustellen wird massiv auf Leiharbeit und Überstunden zurückgegriffen.

Auf Basis der hervorragenden wirtschaftlichen Entwicklung bieten uns die Unternehmer eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 2,3 % und eine Einmalzahlung im Ausmaß von 0,2 % der Lohnsumme. Bei einer durchschnittlichen Inflationsrate der letzten 12 Kalendermonate von 2,1 % entspricht das einer dauerwirksamen Realloohnerhöhung von 0,2 % - und zwar brutto.

Dieses Angebot reicht bei weitem nicht. Wir haben uns mehr verdient!

Wir verlangen daher für die kommende Kollektivvertragsrunde am 15. April von den Arbeitgebern ein Angebot, mit dem sowohl dauerwirksam die Kaufkraft unserer Einkommen als auch eine gerechte Beteiligung am Wirtschaftswachstum gesichert wird.

Die Betriebsratsvorsitzenden und deren StellvertreterInnen beschließen daher, umgehend für den 18. bzw. 19. April Betriebsversammlungen in den Betrieben einzuberufen, die Beschäftigten über den aktuellen Verhandlungsstand zu informieren und die notwendigen Beschlüsse für die Durchsetzung unserer Forderungen zu fassen.